

AZADÎ-JAHRESBERICHT 2015

Bürosituation

Die inhaltliche und organisatorische Vereinsarbeit wurde hauptsächlich von einer Mitarbeiterin geleistet, unterstützt von einem weiteren Mitarbeiter.

Die Zusammenarbeit mit MAF-DAD war bestens und in vielerlei Hinsicht hilfreich.

Zwecks Information und Diskussion über aktuelle Ereignisse hier und in Kurdistan (Türkei, Irak, Iran und insbes. Rojava/Syrien) fanden in der Regel einmal wöchentlich gemeinsame Bürobesprechungen statt.

Zahlreiche von der Strafverfolgung Betroffene haben sich ratsuchend an Azadî gewandt und die Nachfrage nach Veranstaltungen war rege (s. a. zu „Aktivitäten“).

Vereinssitz / Satzung

Köln ist jetzt offiziell Sitz unseres Vereins.

Jahresmitgliederversammlung

Die JVM fand am 6. Dezember 2015 in Köln statt, auf der mehrere Änderungen der Satzung beschlossen und der „alte“ Vorstand wiedergewählt wurden.

F i n a n z e n

Aufgrund der angespannten Finanzsituation, wurde Ende August ein Spendenaufruf bzw. Aufruf zur Mitgliedschaft über den Azadî-Verteiler verschickt. Daraufhin sind bis Ende Oktober eine Reihe von Spenden eingegangen, insgesamt **5.835,-- €**.

Es konnten fünf neue Mitglieder gewonnen werden; damit hat AZADÎ derzeit 38 zahlende Mitglieder. Laut Bescheid des Finanzamtes Düsseldorf wurde die Steuererklärung von **2013** mit 0,00 € abgeschlossen. Eine Entscheidung des Finanzamtes Köln für 2014 liegt noch nicht vor.

Von Januar bis November betragen die Telefon/Internetkosten Azadî/MAF-DAD insgesamt **614,03 €**.

Presse-/Öffentlichkeitsarbeit

Zu verschiedenen Anlässen wurden im Berichtszeitraum 17 Pressemitteilungen veröffentlicht. Außerdem: ein Beitrag für die jw-Beilage zum Internationalen Tag der politischen Gefangenen (18. März); Artikel in Ausgaben des Kurdistan-Report und mehrere Seiten in allen Ausgaben der Rote Hilfe-Zeitung. Ferner erschien ein Beitrag von Azadî im 19. „Grundrechte-Report – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland“, der im Mai dieses Jahres im Fischer-Verlag erschienen ist.

Der AZADÎ-infodienst ist regelmäßig – z.T. als Doppelausgabe – erschienen.

Veranstaltungen/Aktivitäten

6. – 8. Februar: III. Internationale Fachkonferenz „Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte internationalen Rechts“ in Bonn; organisiert von AZADÎ und MAF-DAD

20. Februar: Azadî-Vortrag zur bundesdeutschen Verbotspolitik in Bielefeld, veranstaltet von der Roten Hilfe

27. Februar bis 1. März: Beteiligung an der Tatort Kurdistan-Konferenz, Köln

3. März: Anwaltsgespräch in Düsseldorf

12. März: Azadî-Vortrag zur Verbotspolitik in Oberhausen

21. März: Teilnahme an der Newroz-Demo in Bonn

24. März: Azadî-Vortrag zur Verbotspolitik in Marburg

22. April: Teilnahme an der Veranstaltung „Frauen in Rojava“, Frauen-Museum Bonn

24. April: Anwalt*innen-Treffen mit AZADÎ und MAF-DAD in Köln

Abends: Bericht von TK-Mitgliedern aus Anlass ihrer Newroz-Delegationsreise nach Kurdistan, veranstaltet von Tatort Kurdistan-Gruppe Bonn (Moderation: Azadî)

1. Mai: Teilnahme an Demo und TK-Stand auf anschl. Fest in Bonn

11. Mai: Azadî-Vortrag zur Verbotspolitik in Bielefeld

12. Mai: Rechtsberatung, Bielefeld

21. Mai: Geplanter Azadî-Vortrag zur Verbotspolitik in Gießen ist wegen des Bahnstreiks ausgefallen.

9. Juni, Bonn: Teilnahme am Fest aus Anlass des Wahlerfolges der HDP zu den Parlamentswahlen in der Türkei -am 7 Juni

13. Juni: Azadî-Teilnahme am Frauen-Festival in Dortmund konnte wg. Krankheit nicht stattfinden.

21. Juni: Azadî-Teilnahme am TK-Treffen in Hannover

22. Juni: Veranstaltung zum Delegationsbericht von TK-Mitgliedern nach Kurdistan (Moderation: Azadî) in Bonn

28. Juni: Kundgebung aus Anlass der UNESCO-Jahreskonferenz (Kritik am Bau des Ilisu-Staudamms und Anerkennung von Diyarbakir zum Weltkulturerbe) in Bonn

29. Juni: Azadî-Teilnahme (Vorstandsmitglied) an einer Podiumsdiskussion zur Repression gegen Kurd*innen in der BRD, Berlin (Mobilisierungsveranstaltung zur Halim-Dener-Demo)

8. August: Azadî-Teilnahme an der Protestdemo in Köln wg. des Terroranschlags in Suruç am 20.7.,

29. August: u. a. Redebeitrag von Azadî auf der Kundgebung in Bonn aus Anlass des Antikriegstages

5. September: Azadî-Teilnahme am Internationalen Kurdischen Kulturfestival in Düsseldorf

25. September: Partielle Teilnahme am 8. EU-Strafverteidigertag in Bonn

26. September: Azadî-Vortrag in Bremen zur Verbotspolitik

11. Oktober: bundesweites TK-Treffen in Hannover

14. Oktober: u.a. Redebeitrag von Azadî (zum Terroranschlag am 10.10. in Ankara) in Bonn

1. November: Teilnahme an Demo und Azadî-Rede aus Anlass des „Internationalen Aktionstages Rojava“ in Bonn

3. November: Veranstaltung zu „Situation in Kurdistan nach den Wahlen in der Türkei“ in Bonn (Moderation: Azadî)

12. November: Besuch von Azadî bei dem politischen Gefangenen Ahmet Celik, JVA Köln

22. November: bundesweites Solitreffen, Hannover (Vorstandsmitglied)

27./28. November: Aktionstag zum 22. Jahrestag des PKK-Verbots

Vorschau:

1. Dezember: Prozesseröffnung gegen Ali Özel vor OLG Stuttgart

8. Dezember: Azadî-Vortrag (Vorstandsmitglied) zur Verbotspolitik in Salzwedel

10. Dezember: Azadî-Vortrag zur Verbotspolitik in Heilbronn

Anfang Februar: Azadî-Vortrag zur Kriminalisierung von Kurd*innen in Berlin

Vergaberat/Unterstützungsleistungen

In diesem Jahr hat Azadî über 58 Anträge entschieden und Kurd*innen mit insgesamt **12.031,31 €** (überwiegend Beteiligung an den Gebühren von Anwält*innen) unterstützt. Im gleichen Zeitraum wurde von der RH ein Betrag in Höhe von **12.270,96 €** zur Verfügung gestellt.

In den meisten Fällen handelte es sich um (zum Teil eingestellte) Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, Verfahren im Zusammenhang mit dem Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch (Besetzungsaktionen), Abschiebeandrohungen, Zeitungsabos, Bücher o.a. für §129b-Gefangene, Verfassungsbeschwerden.

Im Zusammenhang mit einer **zweiten** Abrechnung hinsichtlich der Vorbereitung, Beratung und Durchführung von Verfassungsbeschwerden in drei §129-Verfahren im vergangenen Jahr, wurde die Rote Hilfe um Mithilfe bei der noch offenstehenden anwaltlichen Restsumme von insgesamt **3.587,34 €** gebeten. (In diesen Fällen hatte sich die RH an der ersten Abrechnung im Dezember 2014 an den Anwaltskosten mit einem Betrag von 4.500,-- € beteiligt.)

Die Rote Hilfe hat in zwei weiteren Fällen die angefallenen Anwaltskosten in einer Gesamthöhe von **1.900,71 €** übernommen.

Alle Protokolle der Vergaberatssitzungen sind an den für Azadî/Kurdistan zuständigen Genossen der RH weitergeleitet worden.

Zusammenarbeit mit der Rote Hilfe

Die Kooperation mit der RH verlief auch in diesem Jahr reibungslos. Neben der Vereinigung demokratischer Jurist*innen (VDJ) und der Europäischen Vereinigung demokratischer Jurist*innen für Demokratie und Menschenrechte (EJDM), hat sich die RH an den Kosten zur Durchführung der III. Internationalen Fachtagung im Februar in Bonn mit einem Betrag von **1.000,- €** beteiligt.

Politische Gefangene

Im Oktober 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) im Rahmen eines Revisionsverfahren (nach § 129 StGB) entschieden, künftig auch kurdische Aktivist*innen der PKK nach §129b StGB straf zu verfolgen. Betroffen hiervon waren/sind 12 Kurden, deren Verfahren mit Urteilen zwischen 2 ½ und 6 Jahren endeten bzw. deren Prozesse noch bevorstehen.

Allein in diesem Jahr wurden 4 Kurden verhaftet: Ali Özel (JVA Stuttgart), Ahmet Çelik (JVA Köln), Bedrettin Kavak (JVA Hamburg), Kenan Baştu (JVA Hamburg) und Mustafa Çelik (JVA Sehnde). In vier Fällen sind im vergangenen Jahr die Revisionen vom BGH verworfen und Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung angenommen worden. Revisionen laufen in 2 Fällen; im Verfahren Düzgün Çiftçi wurde der §129b fallengelassen und herabgestuft auf Vereinsgesetz. Nach Urteilsverkündung wurde der Haftbefehl aufgehoben.

In U- Haft befinden sich derzeit 7 Aktivisten – wegen laufender Revisionen bzw. noch nicht erhobener Anklagen; ein Kurde ist in Strafhaft; er wird voraussichtlich Anfang 2016 entlassen und nach Frankreich abgeschoben.

Alle Gefangenen erhalten monatlich einen Unterstützungsbetrag für Einkauf in den Gefängnissen in Höhe von 103,- €; ihre Zahl schwankte im Berichtszeitraum von vier bis aktuell acht.

Klage gegen Listung der PKK auf der EU-Terrorliste

Über die im Mai 2014 von einem niederländischen Anwalt*innen-Kollektiv eingereichte Klage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingereichte Klage zur Delistung der PKK gibt es noch keine Entscheidung. Für das Frühjahr 2016 sind Anhörungen von Anwalt*innen sowie von der europäischen, insbesondere deutschen Verbotspolitik Betroffenen geplant.

Ausblick

Welche Auswirkungen das Ergebnis der Neuwahlen am 1. November 2015 in der Türkei haben wird, wonach die AKP mit 49,2 % wieder die absolute Mehrheit erreichen konnte, die HDP mit knapp über 10 % zwar wieder ins Parlament einziehen konnte, aber Verluste hinnehmen musste, bleibt abzuwarten. Inzwischen muss festgestellt werden, dass sich die innenpolitischen Verhältnisse immer dramatischer entwickeln. Begonnen hatte Erdoğan's Kriegskurs schon im Juni, eskaliert ist er seit Ende Juli, nachdem er den Friedensprozess mit der PKK einseitig beendet hatte. Die Vernichtungsstrategie richtet sich gegen die PKK, die kurdische Bevölkerung und die Opposition – Erinnerungen an die blutigen 1990-er Jahre werden wach.

Die medialen Reaktionen in Deutschland auf das Wahlergebnis waren bisweilen sehr kritisch, auch hinsichtlich des Besuchs von BKin Merkel in der Türkei zwei Wochen vor den Wahlen. Die EU sagt der AKP-Regierung Milliarden-Euro-Beträge zu, Visaerleichterungen, eine Dynamisierung der Beitrittsverhandlungen oder weitere Maßnahmen im Rahmen der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“, worunter stets die PKK oder linke türkische Organisationen gemeint sind. Zu befürchten ist zudem, dass Erdoğan's Wunsch nach Anerkennung der Türkei als „sicherer Herkunftsstaat“ erfüllt wird; er wird diese Situation für weitere Forderungen ausnutzen. Es kann davon ausgegangen werden, dass er die Bundesregierung massiver drängt, mutmaßliche Aktivist*innen der kurdischen Bewegung strafrechtlich noch stärker zu verfolgen als bislang sowieso schon. Auch ist zu befürchten, dass die deutsch-türkische Zusammenarbeit – insbesondere auf dem Sektor des Informationsaustauschs der Geheimdienste – intensiviert wird.

Die Entscheidung der Bundestagsmehrheit, militärisch der Anti-IS-Koalition beizutreten, wird die Lage im Mittleren Osten vermutlich verschärfen und den IS stärken.